Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Herausgeber: Wechselwirkung

Band: 9 (1987)

Heft: 34

Rubrik: Berichte ; Projekte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FORUM Wissenschaft

Studienhefte

F&T-Politik
Kritik und Alternativen

Die bisher ausführlichste kritische Auseinandersetzung mit der konservativ-liberalen Forschungs- und Technologiepolitik. Eine Untersuchung des Arbeitskreises Alternative F&T-Politik des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BDWi).

- Weltraum
- Gentechnologie
- Rüstungsforschung
- Umweltforschung
- HdA
- Energieforschung
- Informationstechnologie
- Friedensforschung
- Eureka
- F&T-Politik in: NRW, Hessen, Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Westberlin
- Alternativen

140 Seiten, DM 15.- zzgl. Porto

BdWi, Postfach 543, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21 / 2 13 95

BERICHTE/PROJEKTE

Nagelprobe für Brunnenvergifter

2. Aktionskonferenz Nordsee

Mehr als 350 Menschen aus Bürgerinitiativen, Umweltbehörden, Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik haben sich in Bremen Mitte Mai zwei Tage lang intensiv mit dem Zustand der Nordsee beschäftigt, und darüber beraten, wie denn dem »Patienten Nordsee« wieder auf die Beine geholfen werden kann. Ergebnis der 2. AKN ist ein detaillierter Forderungskatalog auf der Grundlage des Nordseememorandums von 1984. Dieser Katalog umfaßt die Diskussionsergebnisse aus den sechs Arbeitsgruppen der AKN und zeigt auf, wo Umweltpolitik ansetzen muß, damit die Nordsee nicht das gleiche Schicksal ereilt wie der Wald.

Wie schon 1984 ging es den Teilnehmern nicht darum, an Symptomen herumzukurieren, sondern das Übel an der Wurzel zu packen. Die Frage nach den »Brunnenvergiftern«, vom Kieler Toxikologen Otmar Wassermann am Eröffnungsabend gestellt, beherrschte die Diskussion und zielte auf die Ursachen der Nordseeverschmutzung. Im Mittelpunkt des Forderungskataloges steht denn auch die Verurteilung des rücksichtslosen wirtschaftlichen Mißbrauchs der Nordsee als größte und billigste Müllkippe Europas. Kritisiert wurde, daß alle Schutzmaßnahmen immer nur auf die technische Machbarkeit reduziert bleiben, was allenfalls ausreicht, die ärgsten Probleme zu verdecken.

Der Fall Sandoz hat uns allen gezeigt, wo die Verursacher des Dilemmas sitzen: Im Binnenland, weit von der See entfernt. Mittlerweile ist die Giftwelle abgeflossen, das Problem verdrängt und geographisch verlagert. Die vollmundigen Ankündigungen der Umweltpolitiker sind wieder dem Tagesgeschäft gewichen. Auch deshalb nahm die Rheinkatastrophe einen breiten Raum in der Diskussion der 2. AKN ein. Fast alle Rheininitiativen waren anwesend und dokumentierten zusammen mit Wissenschaftlern die Geschäftspolitik der Industrie und die völlig hilflosen Reaktionen der staatlichen Aufsichtsorgane.

Aus diesen frustrierenden Erfahrungen heraus entwickelten sie ihre Forderungen: Produktionsumstellungen sind gefragt, die Förderung und Installation geschlossener Systeme in der Produktion sowie das Verbot der Einleitung naturfremder Stoffe in Gewässer und Meere. Schäden müssen vermieden werden, schon die Besorgnis einer Schädigung muß ausreichen, um die Produktion eines Stoffes so lange zu verbieten, bis die Unschädlichkeit bzw. Umweltverträglichkeit nachgewiesen ist.

Damit das auch funktioniert, ist eine Reihe von Gesetzesänderungen und Durchsetzung entsprechender Kontrollmaßnahmen notwendig. Dazu gehört vor allen Dingen ein allgemeines Einsichtsrecht in Umweltakten, die Veröffentlichung aller Einleitungsgenehmigungen und die ständige Veröffentlichung der Einleitungsmeßwerte.

Deshalb ist es auch für die Nordsee wichtig, etwa im Binnenland ein Bodenschutzgesetz zu verabschieden, um der Landwirtschaft als Hauptverursacher der Hypertrophierung (Überdüngung) ein Zurückdrängen der agrarindustriellen Überproduktion zu ermöglichen – bzw. vorzuschreiben. Hierbei sind ein Verbot wassergefährdender Pestizide und ein Überdüngungsverbot als Sofortmaßnahmen ebenso wichtig wie mittelfristig die Minimierung der Nitrat-, Pestizid- und Herbizidverwendung, die gleichzeitig eine massive Förderung des biologisch-natürlichen Landbaus zur Folge haben muß.

Im Natur- und Landschaftsschutz ist es nach Auffassung der 2. AKN unabdingbar, endlich begleitende Renaturisierungsmaßnahmen anzugehen. Es reicht eben nicht aus, »nur« jeden weiteren Ausbau von Gewässern zu vermeiden.

Wie schon im Nordseememorandum von 1984 ist auch die Forderung nach einer neuen, umwelt- und sozialverträglichen Küstenstrukturpolitik Bestandteil der AKN-Beschlüsse. Man kann nicht auf der einen Seite über die hohe Arbeitslosigkeit in der Küstenregion jammern und nach Stärkung der Wirtschaftsstruktur schreien, aber andererseits nichts für die Bestandspflege im Fremdenverkehr, in der Küstenfischerei und im Schiffbau tun wollen. Wer den Dollarthafen propagiert, hat nichts gelernt aus der gescheiterten Nachindustrialisierung der Küste.

Die Aktionskonferenz Nordsee fordert, nicht weiter kostenintensive und arbeitsplatzextensive Großprojekte zu verfolgen, sondern regionale Entwicklungsfonds und ein umfassendes Sanierungskonzept für die Küstenregion aufzulegen. Hierzu konnten auch Ansätze im »Beschäftigungsprogramm Küste« des DGB erkannt werden, die zu einer neuen Strukturpolitik führen, wenn sie sich über reine Reparaturmaßnahmen hinaus entwickeln.

Ebensowenig akzeptiert die Aktionskonferenz Nordsee, daß man den Nationalpark Wattenmeer ad absurdum führt durch Ölbohrungen, ständige militärische Übungen und Waffenerprobungen, durch weitere Eindeichungsprojekte und ungezügelten Massentourismus. Hier stellen die Pläne des Hamburger Senats, mitten in der Nordsee eine Deponie für giftigen Hafenschlick einzurichten, den Gipfel der Ignoranz dar.

Dies sind nur einige zentrale Forderungen der 2. Aktionskonferenz Nordsee, Forderungen, von denen in den Vorbereitungen der Ministerkonferenz nichts zu finden ist. Einmal mehr ist es deshalb notwendig, über Konferenzen hinaus politischen Druck zu entwickeln, d.h. immer wieder den Finger in die Wunden zu legen und vor allen Dingen nach Bündnispartnern zu suchen. Umweltverbände und Bürgerinitiativen allein werden es nicht schaffen können. Die Teilnahme des

DGB und auch die Anwesenheit einer großen Delegation von SPD-Politikern aus Landtagen und Bundestag müssen Anlaß sein, die Kontakte zu vertiefen, Gespräche zu führen, aber auch die klare Position des Umweltschutzes zu vertreten. Fensterreden und Absichtserklärungen reichen nicht aus, hier ist das »schwierige Bohren dicker Bretter« angesagt.

Die vollständigen Konferenzergebnisse liegen jetzt vor und können bestellt werden im:

Büro der Aktionskonferenz Nordsee
Kreuzstr. 61
2800 Bremen 1

Rolf München

Nahverkehrstag 1987

26. - 28.6.87 in Würzburg

Im Rahmen der Zusammenarbeit von Vereinen und Bürgergruppen, die sich mit der Förderung und attraktiven Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs befassen, fand vom 26. bis 28. Juni zum dritten Mal seit 1983 ein »Deutscher Nahverkehrstag« statt – nach München und Salzburg diesmal auf der Festung Marienberg in Würzburg, veranstaltet von der Interessengemeinschaft Würzburger Straßenbahn und dem Münchner Forum. Vertreter von Forschungsinstituten, Ministerien, Behörden und Verkehrsbetrieben referierten über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten, den öffentlichen Nahverkehr zu verbessern. Dabei standen, gemäß dem Leitthema »Renaissance der Straßenbahn« die technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Bedingungen dieses altbewährten Verkehrsmittels im Mittelpunkt, das nun vielerorts – modernisiert als »Stadtbahn« – durchaus erfolgreich einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr bietet. Darüber hinausführende Themen waren die Rolle des öffentlichen Verkehrs im öffentlichen Bewußtsein, seine städtebauliche Einbindung im Rahmen der Verkehrsberuhigung und die Zukunft des Eisenbahnverkehrs in Bayern.

Die örtliche Bedeutung und Aktualität des Themas – Würzburg hat sich für Ausbau und Modernisierung seiner Straßenbahn entschlossen – wurde durch das Eröffnungsgrußwort und den Abendempfang des Würzburger Oberbürgermeisters Dr. Zeitler gewürdigt.

Unter den rund 250 Teilnehmern aus allen Teilen der Bundesrepublik, aus Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, Jugoslawien und Norwegen waren nicht nur die engagierten Bürger vertreten, sondern in hohem Maße auch Fachleute aus einschlägigen Behörden, Planungsbüros, Verkehrsbetrieben und der Industrie, die auf einer kleinen Ausstellung auch die von ihnen angebotenen Problemlösungen (vor allem im Gleis- und Fahrzeugbau) präsentierte.

Dieses große Interesse, unterstrichen durch die Präsenz von vier Verkehrsministerien (Bund, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Land Salzburg), zeigt die zunehmende gesellschaftspolitische Bedeutung des Anliegens, den öffentlichen Nahverkehr zum Wohle einer humaneren Verkehrs-Umwelt zu fördern. Daher soll auch die Reihe der Nahverkehrstage in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, mit verstärktem Kontakt zu anderen gesellschaftlich und verkehrspolitisch relevanten Institutionen wie Gewerkschaften, Parteien, Industrieverbänden.

Rainer Münch

Ein neues Technologiezeitalter – eine neue Zerreißprobe für Frauen und Familien?

Tagung der Arbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft e.V. (AgH) am 12./13. März 1987 in Bonn

Um die Auswirkungen von Informations- und Kommunikationstechniken auf Frauen und Familien, auf Haus- und Erwerbsarbeit im Zusammenhang diskutieren zu können und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen, waren 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik, Verbraucherorganiationen, Gewerkschaften, Praktiker/innen aus Verbänden und Wirtschaft, aus Haus- und Erwerbsarbeit für 2 Tage nach Bonn gekommen.

»Heraus aus dem Ghetto«, forderte Irmgard von Meibom, Vorsitzende der AgH in ihrer Einführung zur Tagung. Wie schon mit der vorjährigen Veranstaltung »Technisierung und Rationalisierung – überholte Zielsetzungen für den privaten Haushalt?« will die AgH erreichen: Hauswirtschaft, private Haushalte und den Problemen von Frauen und Kindern muß ein angemessener Platz in der öffentlichen Diskussion über den technologischen Wandel verschafft werden.

In der Vergangenheit wurden – so Ilona Ostner, Professorin an der Fachhochschule Fulda, in ihrem einführenden Referat – bestimmte Tätigkeiten aus den privaten Haushalten auf Markt oder Staat »verschoben«. Vermutet wird, daß dieser Prozeß heute z.T. wieder rückläufig sei. Alle drei Bereiche sind nach unterschiedlichen Prinzipien organisiert (Freiheit, Gleichheit, Solidarität). Wissenschaftler wie der Soziologe Joerges vertreten die Auffassung, daß die Logik marktförmigen Verhaltens zunehmend auf die Haushalte überspringt.

Die Folgen einer verstärkten Einführung der sogenannten Informations- und Kommunikationstechniken wurden von Priv.Doz. Dr. Barbara Mettler-Meibom skizziert: zum einen verminderte Chancen für Frauen in existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen zu arbeiten, zum anderen führen die umfassende Besetzung von beruflichem und privatem Alltag durch Medien und Informationstechnik zu Anforderungen an die Beziehungsarbeit von Frauen, die zunehmend weniger befriedigt werden können.

Auch die Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. Ursula Engelen-Kefer, sah eine Benachteiligung von Frauen durch die Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Nur eine Arbeitsmarktpolitik, die das Gleichberechtigungsprinzip des Grundgesetzes ernstnimmt, könne einer erzwungenen Rückkehr von Frauen zu »Heim und Herd« entgegensteuern.

In Arbeitsgruppen wurden diese Themen vertieft.

Werner Fiedler, Reiner Hoffmann, Klaus Kost (Hrsg.)

GEWERKSCHAFTEN AUF NEUEN WEGEN

Auf der Suche nach Alternativen innerhalb der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften tun sich noch schwer mit einer Veränderung ihrer Politik. Doch einmal eingeschlagene Richtungen müssen auch revidierbar sein. Problemlösungen müssen auch dort gesucht werden, wo sie in experimentellen kleinen Schritten erfolgen können und die Lern- und Kontrollfähigkeit der Betroffenen beinhalten. Und alte geschlossene Weltbilder dürfen nicht länger gepflegt werden, wo sie einem neuen Management der Vielfalt im Wege stehen. Dieser Band will Diskussionen über neue Wege in und mit den Gewerkschaften anstoßen.

ISBN 3-924800-35-9
224 Seiten, DM 19,80

SP-Verlag
Deutschhausstr. 31
3550 Marburg

Umwelt informationen für Niedersachsen

AKTIONEN · ALTERNATIVEN · ANALYSEN · ARGUMENTE · BERICHTE ·

diesmal:

Umweltpolitik in den Gemeinden: Aufforderung zum Handeln

Aus dem Inhalt: Organisationsmodelle für den kommunalen Umweltschutz wie Umweltdezernat, Umweltamt und Umweltbeauftragte, Bauleitplanung, Bürgerbeteiligung, neue Ideen für die Städtebauförderung, Modell einer Naturhaushaltswirtschaft, Finanzierungshinweise für kommunale Umweltinvestitionen sowie zahlreiche Artikel zu den Themenfeldern Abfall, Boden Energie, Luft, Natur, Verkehr, Wasser, ...

156 Seiten, 12 Abb., 7 Fotos, 14,80 DM + Versandkosten.

DOKUMENTE · INFORMATIONEN · MEINUNGEN · STRATEGIEN ZUM UMWELTSCHUTZ UND ZUR UMWELTPOLITIK

Herausgeber und Bezug:
Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.
Hinüberstr. 18 · 3000 Hannover 1
Telefon: 0511-33 26 35

Frauen zurück an Heim und Herd?

Teleheimarbeitsplätze – als Möglichkeit der Arbeitszeitflexibilisierung sind nach einer Studie der Sozialforschungsstelle Dortmund, die von Gudrun Richter vorgestellt wurde, größtenteils auf Frauen zugeschnittene Positionen mit dem Charakter minderqualifizierter Zuarbeit. In der Regel sind Teleheimarbeitsplätze ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse. Nur Frauen seien – so anscheinend noch immer die öffentliche Meinung – auf solche Flexibilisierungen angewiesen, da sie überwiegend alleine für Hausarbeit und Kinder zuständig sind. Mindestanforderungen wie Arbeitnehmer/innenstatus und qualifizierte Arbeitsinhalte müßten gewährleistet werden.

Das Computerzeitalter – ein Seelenfeind?

Die Gefahren des »Computerzeitalters« im sozialen und psychischen Bereich wurden von Prof.Dr. Claus Eurich, Universität Dortmund und Dr. Harald Seehausen, Deutsches Jugendinstitut, aufgezeigt. Hierbei wurde u.a. auf die Verdichtung von Arbeit, Computer- und Videospielsucht hingewiesen. Eine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Technikduldern mit größtenteils rezeptiven Verhaltensweisen einerseits und denen, die aktiv mit diesen Techniken umzugehen gelernt haben und sich Wissen und damit Macht aneignen können andererseits wäre die Konsequenz.

Alltag, Hausarbeit und Technik: Zwang – oder Befreiung?

Die zunächst überwiegend positiv bewerteten Möglichkeiten, z.B. per Bildschirmtext Bankgänge, Einkäufe etc. von zu Hause aus tätigen zu können, bergen Gefahren: Das persönliche Gespräch weicht der elektronischen Selbstbedienung, Tätigkeiten reduzieren sich auf technische und funktionale Vorgänge. Die elektronische Einsiedelei, Technik als »Distanzwaffe« zeichnen sich ab nicht zuletzt auch für ältere und behinderte Menschen. Die Arbeitswetl mit ihrer rigorosen Zeitökonomie nehme die Kraft zu persönlicher, unmittelbarer Kommunikation und lasse immer weniger selbstbestimmten Umgang mit Informations- und Kommunikationstechniken zu.

Technikboykott?

Technikboykott im konkreten Fall wurde als ein Mittel zum Widerstand gegen sozialunverträgliche Technikeinführung gesehen. Dieser »unbequeme« Weg kann nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit Technik verzichten.

Die AgH fordert Entscheidungsträger/innen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden dringend auf, sich den Verflechtungen von Haus- und Erwerbsarbeit, den sozialen Folgen von Informations- und Kommunikationstechniken für Frauen und Familien zu stellen und in der praktischen Politik die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Kontakt:
Arbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft e.V. (AgH)
Poppelsdorfer Allee 15
5300 Bonn 1
Tel.: 0228-224063

... dann sind wir auf einem unguten Wege!

– Wie der BAYER-Konzern sich gegen wachsende Kritik zu wehren versucht

Fast zehntausend Aktionäre trafen sich am 24. Juni 1987 in der Kölner Messehalle 8. Die jährliche Hauptversammlung der BAYER AG schien bei ihnen besonderes Interesse zu wecken. Im vergangenen Jahr waren »nur« 6 800 Aktionäre erschienen – auch das schon eine Rekordzahl für den Chemie-Multi.

Einen Umsatzrückgang von rd. 6 Mrd DM hat der weltgrößte Pestizidproduzent im vergangenen Geschäftsjahr zu verbuchen. Im Chemiebereich insgesamt ist BAYER nur noch der Dritte in der Welt. Doch der Vorstandsvorsitzende Hermann Josef Strenger konnte den Aktionären die Mitteilung machen, daß dies dem Gewinn nicht geschadet habe.

Einen Gewinn vor Steuern von 1,716 Mrd DM weist der Konzernvorstand aus, und in dieser Summe sind die »Pensionsrückstellungen«, »sonstigen Aufwendungen«, und wie die Verstecke für die Profite in den Bilanzen sonst heißen, schon nicht mehr enthalten. Diese Gewinnsumme entspricht etwa dem dreifachen des Haushalts des Bundesumweltministeriums.

Dem Teilnehmerrekord zu dieser Hauptversammlung entsprach ein anderer Rekord: 66 Anträge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten hatten 21 Vertreter der »Kritischen BAYER-Aktionäre« gestellt. Nachdem den Aktionären der Inhalt dieser Anträge vom BAYER-Vorstand vorenthalten worden war – nach dem Aktiengesetz ist der Vorstand verpflichtet, die Gegenanträge allen Aktionären schriftlich mitzuteilen – setzte sich Strenger fast eine Stunde mit den Inhalten dieser Gegenanträge auseinander.

Als blanken Unsinn wollte er die mit exakt recherchierten Fakten gespickten Gegenanträge aufgefaßt wissen. Deshalb sah er sich auch nicht recht in der Lage, die Fakten zur Gefährdung der Menschen in der »Dritten Welt« durch unsichere Produkte, die Störfallgefahren, die Verletzung der Prinzipien der Aktionärsdemokratie u.v.m. zu widerlegen. Die Pastorin Friedel Geisler, die sich in ihren Anträgen mit den schlechten Arbeitsbedingungen der peruanischen BAYER-Werker beschäftigte, wurde barsch beschieden: *»Sie als Pastorin sollten doch besser wissen, wie man mit der Wahrheit umgeht!«*

Um die ungeliebte Kritik am liebsten gleich ganz loszuwerden ...« *sind wir der Meinung, daß wir auf einem unguten Weg sind, wenn die Meinung einer engagierten Umweltschutzgruppe mehr politisches Gewicht hat als der nüchterne Sachverstand von Fachleuten«.*

Die Kandidatin der »Kritischen« für den BAYER-Aufsichtsrat, Friedel Geisler warf dem Vorstand die Ausbeutung der Arbeiter in Peru vor: In der Presse werde berichtet, ein peruanischer BAYER-Arbeiter arbeite nur 44 Minuten am Tage für seinen Lohn, den Rest für die Gewinne von BAYER/Peru. Ein Arbeiter, der durch die Arbeit bei BAYER arbeitsunfähig geworden sei, sei ohne Rente oder soziale Absicherung entlassen worden.

Einen *»politischen und umweltpolitischen Cocktail«* (Strenger) servierte die Bundessprecherin der Grünen, Jutta Ditfurth. Sie fragte den Vorstand nach seinem Verhältnis zur Tradition der IG Farben, die den Hitler-Faschismus maßgeblich gestützt haben. Auch heute noch weise der Geschäftsbericht Pensionen an Führungsmitglieder aus der Zeit des Faschismus auf.

Die Bilanz der Tätigkeit der »Kritischen BAYER-Aktionäre« stellte Axel Köhler-Schnura, Sprecher der BAYER-Coordination, auf. Anhand vieler Einzelbeispiele wies er die Wirksamkeit des Auftretens der »Kritischen« nach. Als Erfolge verbuchte er die Einstellung der Dünnsäureverklappung aus dem Leverkusener BAYER-Werk, die Einstellung der Produktion von PCP und die Preissenkung für das Tropenmedikament »Biltricide«.

Weil die Wirkung so groß ist, stellte Köhler-Schnura fest, versucht der BAYER-Vorstand jetzt, die »Kritischen« juristisch zum Schweigen zu bringen. Der BAYER-Coordination soll unter Androhung von DM 500 000,- Strafe bzw. 6 Monate Ordnungshaft verboten werden, ihren Aufruf zu den Aktionen der »Kritischen BAYER-Aktionäre« zu verbreiten. Offensichtlich, weil nicht nur immer mehr Aktionäre die Reden der »Kritischen« selbst hören wollen, sondern auch, weil die Opposition unter den Aktionären immer noch zunimmt.

Die Gegenanträge der »Kritischen BAYER-Aktionäre« und sechs Reden der HV 1987 sind gegen Einsendung von DM 5,- in Briefmarken oder als VR-Scheck zu erhalten bei:

BAYER-Coordination
Hofstr. 27a
5650 Solingen 11

Ein Jubelfest der Wissenschaft

Die Decke des Konzertsaals ist gefaltet wie ein Säuglingspopo. Darunter sitzen vierhundert Auserwählte – Freunde, Förderer, Mitarbeiter und, besonders wichtig: Geldgeber des Max-Planck-Instituts für Chemie in Mainz. Rote und gelbe Sträuße umkränzen verschwenderisch Podium und Rednerpult, denn das Institut hat Geburtstag, den 75sten. Joviale Glückseligkeit verbreitend begrüßt Direktor Wänke die »hohen und höchsten Vertreter« aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu dieser »Familienfeier«.

Unter ihnen ergreift als erster das Wort: Hans Hartmut Weyel, frischgebackener Oberbürgermeister der Stadt Mainz. Da möchte man erst einmal meinen, er spräche zum Bundesverband der Deutschen Industrie: von Trümmerwüste und Wiederaufbau schwafelnd, kommt er auf die Wohltaten der Industrieansiedlung im Allgemeinen und auf IBM und die Schott-Glaswerke im Besonderen zu sprechen. Sodann erstirbt er fast in Ehrfurcht *»vor dem geheimnisvollen Wirken der Forscher in diesem Institut«* um schließlich auf die Gefahr zu sprechen zu kommen, die herrühre von den Japanern, den großen Forschern, die mit ihren Leistungen die Größe der deutschen Wissenschaft bedrohten.

Einige Worte zur Geschichte spricht der Herr Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Staab und betont bei der Gelegenheit die enge Verbundenheit der chemischen Industrie mit der Gründung und Entwicklung des Instituts.

Seine Geschichte beginnt jedoch nicht in Mainz und nicht unter dem Namen Max Plancks.

Im Jahr 1912 wird in Berlin der Neubau des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie fertiggestellt. Das notwendige Kapital hat der höchst patriotisch gesinnte Verein Chemische Reichsanstalt zur Verfügung gestellt, dessen Stiftungskapital vorwiegend von Unternehmen der chemischen Industrie stammt, die auch während der Weimarer Republik einen großen Anteil der laufenden Kosten übernimmt. In den dreißiger Jahren ist Carl Bosch in Personalunion Präsident der IG Farben und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in der die Institute zusammengefaßt sind. Das erklärte Ziel, sowohl dieses, als auch des Schwesterinstituts für Physikalische Chemie (zum Fritz-Haber-Institut siehe WW Nr. 31, November 1986) ist es, daß *»die deutsche Wissenschaft und mit ihr das Vaterland nicht den schwersten Schaden nehme«*, denn *»unsere Führung auf dem Gebiete der Naturforschung ist nicht nur bedroht, sondern wir haben dieselbe in wichtigsten Teilen bereits an das Ausland abgeben müssen.«*

Von Anfang an arbeitet in diesem Institut ein Chemiker namens Otto Hahn als Leiter der Abteilung Radiochemie. Die Physikerin Lise Meitner ist zunächst seine Assistentin, wird dann Leiterin der Abteilung Kernphysik und lehrt an der Berliner Universität. 1934 läßt sie sich durch Arbeiten von Enrico Fermi dazu anregen, Uranproben mit Neutronen zu beschießen. Um herauszufinden, ob neue chemische Elemente, schwerer als Uran, dabei entstehen, muß eine aufwendige Fraktionierung durchgeführt werden. Diese Arbeit übernimmt schließlich der als sorgfältiger Experimentator bekannte Otto Hahn zusammen mit seinem Assistenten Fritz Straßmann. Bis 1938 hebt nun eine recht verwirrende Suche nach den »Transuranen« an, in deren Verlauf die drei Wissenschaftler immer wieder meinen, fündig geworden zu sein. Wie sich später herausstellt, sind die Stoffe, die sie die ganze Zeit als Transurane interpretieren in Wirklichkeit Spaltprodukte, also viel leichter als Uran. Im Sommer 1938 muß Lise Meitner vor dem Faschismus nach Schweden flüchten.

Straßmann und Hahn führen die Versuche fort. Im Dezember 1938 haben sie ein für ihr Gefühl verrücktes Versuchsergebnis: offenbar ist ein Element entstanden, welches sich chemisch ganz so wie Barium verhält. Hahn versteht nicht, wie es entstanden sein soll, es sei denn durch ein Zerplatzen des Urankerns in zwei etwa gleich große Bruchstücke. Er fragt bei Lise Meitner an, ob sie sich eine Erklärung dafür denken könne. Meitner diskutiert die Angelegenheit mit ihrem Neffen O.R. Frisch, der, ebenfalls Physiker, grade zu Besuch ist. Gemeinsam finden sie nicht nur die theoretische Erklärung, sondern sagen auch vorher, daß bei einer solchen »Kernspaltung«, wie sie sie als erste nennen, eine enorme Energie freiwerde.

Thomas Malsch/Rüdiger Seltz (Hg.)
Die neuen Produktionskonzepte auf dem Prüfstand
Beiträge zur Entwicklung der Industriearbeit
Kritische und befürwortende Stimmen aus mehreren sozial-wissenschaftlichen Disziplinen setzen sich mit der These von den »Neuen Produktionskonzepten« auseinander. Die Antwort auf Kern/Schumann.
1987 356 S. ISBN 3-924859-20-5 DM 27,80

Rüdiger Seltz/Ulrich Mill/Eckart Hildebrandt (Hg.)
Organisation als soziales System
Kontrolle und Kommunikationstechnologie in Arbeitsorganisationen
Neue Kommunikationstechnologien verändern die Handlungsfähigkeit von Arbeitsorganisationen und die Konzepte von Macht, Kontrolle, Entscheidung und Subjektivität. Dieser Band beschreibt aus interdisziplinärer Sicht, wie und warum.
1987 319 S. ISBN 3-924859-22-1 DM 24,80

Peter Brödner
Fabrik 2000
Alternative Entwicklungspfade in die Zukunft der Fabrik
»... eine durch Ideologie gefärbte Brille, noch dazu durch Scheuklappen im Blickfeld eingeengt ... Marxsche Analyse ...« (VDI-Z) – »Ein scharfsinniges Buch ... wider die falschen Propheten« (Technische Rundschau)
1987 319 S. ISBN 3-924859-12-4 DM 20,-

Meinolf Dierkes/Thomas Petermann/Volker von Thienen (Hg.)
Technik und Parlament
Technikfolgen-Abschätzung: Konzepte, Erfahrungen, Chancen
Taugt Technikfolgen-Abschätzung (TA) als politisch-parlamentarisches Beratungsinstrument? In der derzeit breiten Diskussion über diese Frage bilanziert dieser Band Erfahrungen, Konzepte und Perspektiven der TA aus internationaler Sicht. – »... das Vollständigste, was uns zu diesem Zweck in aktueller Diskussion verfügbar ist.« (Zeitschrift für Parlamentsfragen)
1986 410 S. ISBN 3-924859-18-3 DM 20,-

sigma-Bücher: beim Buchhändler. Oder direkt bei uns. Schreiben Sie uns, wenn Sie mehr über das sigma-Programm wissen wollen.

edition sigma
Mittenwalder Str. 48
D-1000 Berlin 61

Kommune

Wenn Ihr keinen stromlinienförmigen Einheitsbrei in Sachen Politik wollt, sondern eine lebendige Auseinandersetzung und Debatte um aktuelle Fragen *und* strategische Probleme der Linken, dann lest doch mal *Kommune*!

Wenn Ihr die Verbindung von Kultur *und* Politik wünscht, über den Alltagshorizont hinaus, dann lest doch ...

Wenn Ihr nicht nur eurozentristisch denkt und informiert werden wollt, dann lest ...

Wenn Ihr frauenpolitische oder feministische Interessen habt, dann gibt's dazu einiges in ...

Wenn Ihr nicht nur auf Bleiwüsten starren wollt ...

Wenn Euch das alles nicht interessiert ... dann solltet Ihr auf keinen Fall ein Kennenlernheft bestellen!

Übrigens! Die Meinung anderer: »Längst ist sie für Insider die interessanteste Monatszeitung aus dem links-grün-alternativen Spektrum: mit Dokumenten und Hintergrundinformationen aus der grünen (und seltener: SPD-)Politik, mit Debatten über aktuelle Themen ... beinahe unentbehrlich geworden für alle, die sich mit aktuellen Fragen gründlicher beschäftigen wollen.« ***die tageszeitung*** · »Anders, also nach außen, schreibt die *Kommune*. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur.« ***DIE ZEIT*** · »Die Zeitschrift *Kommune* hat sich zu einer der Publikationen entwickelt, denen man regelmäßig mit Interesse entgegensieht. ... Wer wissen will, welche Trends in der Alternativbewegung von Bedeutung sind, muß in Zukunft *Kommune* lesen.« ***Frankfurter Rundschau***

***KOMMUNE* kennenlernen!**
5 DM für Probeheft und Infomaterial (Scheck oder Briefmarken beilegen) bei:
***Kommune*, Postfach 11 11 62, 6 Frankfurt 1**

Diese verhängnisvolle Entdeckung Lise Meitners führt schließlich zum Bau der Atombombe.

1946 erhält nicht Lise Meitner, sondern Otto Hahn einen Nobelpreis für die Entdeckung der Kernspaltung.

Die apparativen und personellen Überreste des im Krieg zerstörten Instituts werden 1949 nach Mainz geschafft. Straßmann wird dort Leiter der radiochemischen Abteilung, Hahn macht man zum Präsidenten der neubenannten Max-Planck-Gesellschaft, vormals Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Auch die Institute schwören, mit 30 Jahren Verzögerung, dem Namen des Kaisers ab.

Das Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz, das 1959 den Beinamen »Otto-Hahn-Institut« erhält, führt seitdem ein eher ruhiges Leben.

Barnabas Thwaites

Dokumentation psychischer und psychosozialer Folgewirkungen neuer Technologien

Am Bereich Arbeits-, Betriebs-, und Umweltpsychologie des Psychologischen Instituts I der Universität Hamburg läuft seit Ende letzten Jahres ein Projekt, das zur Aufgabe hat, eine wissenschaftliche Dokumentation zur Frage psychischer und psychosozialer Folgewirkungen des Einsatzes und der Anwendung neuer Technologien zu erstellen. Bisher durchgeführte Untersuchungen werden auf entsprechende empirische Befunde und theoretische Einsichten hin befragt und die Ergebnisse in einer Broschüre systematisch aufgearbeitet und dargestellt. Eine kommentierte Bibliographie zum Problem der psychischen und psychosozialen Folgewirkungen neuer Technologien soll dem Benutzer die Erschliessung von weitergehenderer Literatur und von Originalarbeiten erleichtern. Darüberhinaus soll die Schrift auch der gegenseitigen Information von Forschern/innen über den Stand des Problembereiches dienen, mögliche Defizite in der Untersuchung bestimmter Teilbereiche aufzeigen, sowie Praktikern aus Gewerkschaften, Unternehmen und Behörden eine erste Orientierung im Problemfeld geben.

Im Mittelpunkt des Interesses stehen theoretische und empirische Arbeiten, die sich mit der Frage der Veränderung

— von Belastungs/Beanspruchungsprofilen
— subjektiver Strukturen (kognitiv, emotional)
— kommunikativer Handlungsmuster (soziale Interaktionen)
— individueller und kollektiver Handlungsspielräume

in Zusammenhang mit dem Einsatz neuer Technologien in den Bereichen Arbeit, Freizeit und Kultur beschäftigen.

Projekte, Institutionen, einzelne Forscher und Forscherinnen, die zu dieser Frage gearbeitet haben, bzw. aktuell arbeiten, werden aufgefordert, sich mit mir in Verbindung zu setzen.

Dipl.Psych. Detlef Nogala
Psych.Inst.I
Universität Hamburg
Von Melle Park 11
2000 Hamburg 13

Technologie-Netzwerk Berlin: TechNet

Angeregt durch die Möglichkeiten und Erfolge des Londoner Modells für sozial nützliche Produkte und Produktion ist – mit Unterstützung des AStA der TU Berlin – das Technologie-Netzwerk Berlin entstanden. Sozial nützliche Produkte und Dienstleistungen können nur aus einer sozial organisierten Form der Produktion – vom Entwurf bis zum Absatz – entstehen. Das bedeutet u.a.: Aufsuchen der tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen in den lokalen Betrieben und in den Stadtteilen; Nutzen brachliegender Fähigkeiten und Ideen von Menschen; Einbeziehung vorhandener Ressourcen (Stadtteilinitiativen, Hochschuleinrichtungen usw.).

Ziele und Aufgaben von TechNet:

- Austausch und Auswertung von Erfahrungen über das »Londoner Modell«; dabei geht es vor allem um die Übertragbarkeit auf die Berliner Situation. Zur Erkundung der weiteren Entwicklung in London wird im Herbst eine zweite Exkursion dorthin durchgeführt.
- Austausch und Auswertung von Erfahrungen westdeutscher kommunaler Entwicklungs- und Beschäftigungsinitiativen. Dazu gab es Pfingsten 1987 eine Konferenz und Veranstaltungen auf der Berliner Volksuni sowie zahlreiche Gespräche und Berichte bei interessierten Gruppen (z.B. Volksuni Hamburg, kommunalpolitische Gesprächskreise und Seminare verschiedener Gewerkschaften).
- Förderung von »Popular Planning« in Berlin, vor allem durch das Projekt »Leben und Arbeiten in Schöneberg«.
- Aufbau einer Entwicklungswerkstatt Berlin, die sowohl kritisches Forum für Wissenschaft und Technologie als auch Werkstatt für die Entwicklung von Prototypen sozial nützlicher Produkte bzw. Dienstleistungen sein soll.
- Förderung von Projektwerkstätten in Ausbildung und Wissenschaft. Das Ausbildungsprojekt »Nützliche Produkte aus dem Müll« als außeruniversitäre Lernwerkstatt und die »Projektwerkstätten« im Rahmen des Tutorenprogramms an der TU Berlin stehen als Beispiel für TechNet-Aufgaben.

TechNet
Marchstr. 6
1000 Berlin 12
Tel. 314 4437
Mo - Mi 14 - 18 Uhr
Do 11 - 14 Uhr

Verein zur Förderung der Umweltverträglichkeitsprüfung

In kaum einer Umweltschutzdebatte fehlt heutzutage ein Hinweis auf die Umweltverträglichkeitsprüfung. Hierzu trägt nicht unerheblich die EG-Richtlinie *»über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten«* bei, die bis zum 2. Juli 1988 in nationales Recht umgesetzt sein muß.

»Am Anfang war der Verein« – gemäß dieser (sarkastisch gemeinten) Erkenntnis von Kurt Tucholsky haben sich Raumplaner, Landschaftsplaner, Biologen, Ingenieure und Volkswirte im Mai 1987 in Dortmund im »Verein zur Förderung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)« – UVP-Förderverein – erstmalig bundesweit zu einer (keineswegs sarkastisch gemeinten) Lobby der Umweltverträglichkeitsprüfung zusammengeschlossen.

Ein Hauptanliegen des UVP-Fördervereins ist die optimale Umsetzung und sachgerechte Anwendung der EG-UVP im Sinne transparenter, frühzeitiger und systematischer Umweltberücksichtigung bei allen Planungen. der UVP-Förderverein versteht sich als eine Dienstleistungsorganisation an der Nahtstelle zwischen Ökonomie und Ökologie. Durch Spezialisierung und Professionalisierung auf dem UVP-Gebiet will er zentraler Ansprechpartner für alle Fragen der Umweltverträglichkeitsprüfung sein und die UVP-Bewegung in der Bundesrepublik zur Früherkennung von Umweltproblemen und zur Umweltvorsorge aktiv unterstützen.

Eine Konkurrenz zu den bestehenden Umweltschutz-Organisationen ist nicht geplant. Der UVP-Förderverein will vielmehr ergänzend tätig werden und all die unterstützen, die ernsthaft dem Umweltschutz verpflichtet sind.

Zum Verein gehören folgende Arbeitsgemeinschaften:
Öffentlichkeitsarbeit, Umweltqualitätsziele, kommunale UVP, UVP und Ethik, UVP-Informationen und -Daten, UVP-Recht, UVP und Entwicklungshilfe, UVP-Aus- und Weiterbildung, die demnächst ihre inhaltliche Arbeit aufnehmen.

Mit der Vereinsgründung und dem Aufbau der Arbeitsgemeinschaften ist die Entstehung eines Netzwerkes von UVP-Interessenten verbunden, für das ein exklusiver UVP-Service entwickelt wird. Geplant ist u.a. der erstmalig 1987 erscheinende UVP-report. Darüber hinaus verfolgt der UVP-Förderverein mittelfristig den Aufbau eines Berufsverbandes für UVP-Akteure.

Weitere Informationen bei:
UVP-Förderverein
Postfach 500 440
4600 Dortmund 50

Wissenschaftsladen informiert über Altlasten

Am 10. Juni 1987 hat der Wissenschaftsladen Gießen e.V. einen Informationsabend zum Thema Altlasten veranstaltet. Mitarbeiter des Wissenschaftsladens gaben einen Überblick über die mögliche Gefährdung durch Altlasten, über Inhalte und Grundlagen einer Voruntersuchung sowie über Methoden der weiteren Untersuchung und die Vorgehensweise bei der Auswertung von Ergebnissen.

Im einzelnen informierten die Mitarbeiter des Wissenschaftsladens über folgende Aspekte: In der Bundesrepublik werden 50 000 Altlasten geschätzt. Eine mögliche Gefährdung kann von diesen über die Pfade »Wasser«, »Luft« und »Boden« ausgehen. Es wurden Grundlagen einer einfachen und preiswerten Voruntersuchung, wie sie der Wissenschaftladen am Eulenkopf durchgeführt hat, dargestellt. Dazu gehören Ziele, Methoden und Informationsquellen einer Voruntersuchung. Anschließend erklärte ein Mitarbeiter physikalische und chemische Untersuchungsmethoden und deren Systematik. Danach wurden Darstellungs- und Interpretationsmöglichkeiten der Analysenergebnisse vorgestellt.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Gefährdung und Größenordnung der Altlastenproblematik werden in Zukunft noch große Sorgen bereiten. In diesem Zusammenhang besteht sowohl ein großer Forschungsbedarf, als auch ein Informationsdefizit bei Betroffenen. Aus diesen Gründen bietet der Wissenschaftsladen interessierten Gruppen, Initiativen und Institutionen in Hessen an, diesen Informationsabend zum Thema Altlasten zu wiederholen.

Informationen bei:
Wissenschaftsladen Gießen e.V.
Kirchenplatz 8
6300 Gießen
Tel.: 0641-35181

Neue Techniken und Rationalisierungskonzepte verändern die bestehenden Arbeits- und Produktionsstrukturen von Grund auf. Die Gewerkschaften sind gefordert. Eine offensive Arbeitspolitik muß entwickelt werden.
Dazu mehr im **Juni-Heft.**

Rationalisierung

Aus dem Inhalt:
Technologische Arbeitslosigkeit · Automobilindustrie · Frauen in der Elektroindustrie · Banken und Versicherungen · Automation in der Sozialverwaltung · Technische Angestellte und Rationalisierung. Gewerkschaftliche Technologieberatung.
Im Abonnement ist dieses Heft automatisch enthalten.

WSI-Mitteilungen: Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB

Vorschau:
Heft 8 Gegenwelt/Zukunftsbilder
Heft 10 Riskante Technologien
Heft 12 Zwischenbilanz: Arbeitszeitverkürzung

Bestell-Gutschein

Ich bestelle
___Expl. Schwerpunktheft **Rationalisierung,** 8,00 DM
○ kostenloses Ansichtsexemplar der WSI-Mitteilungen (bitte ankreuzen)

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Einzelheft 8,00 DM.

Name
Vorname
Straße
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

Bitte ausschneiden und senden an:
Bund-Verlag
Postfach 90 08 40
5000 Köln 90